

30. Juni 2026, **SPERRFRIST: 3. Juli 2026, 05.00 Uhr**

Gemeinderat Rümlang erhebt Einsprache gegen Pistenverlängerung

Der Gemeinderat Rümlang erhebt Einsprache gegen das Plangenehmigungsgesuch der Flughafen Zürich AG zur Verlängerung der Piste 28. Er setzt damit ein klares Zeichen gegen eine weitere Ausdehnung des Flughafens und vertritt damit die Haltung einer Mehrheit der Rümplanger Bevölkerung.

An der kantonalen Volksabstimmung im Jahr 2024 haben die Zürcher Stimmberechtigten der Vorlage «Pistenverlängerungen Flughafen Zürich» zugestimmt. Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatte sich der Gemeinderat Rümlang jedoch deutlich gegen die Vorlage ausgesprochen, weil das Gesetz eine Ausdehnung des Flughafens auf Kosten der betroffenen Gemeinden erleichtert. Diese Haltung wurde von der Bevölkerung bestätigt: In Rümlang lehnten 68,1 Prozent der Stimmberechtigten die Vorlage ab. Auch im Bezirk Dielsdorf überwog das Nein mit 50,8 Prozent. Mit der nun eingereichten Einsprache stellt sich der Gemeinderat hinter den Willen einer Mehrheit der Rümplanger Bevölkerung.

Flughafen ja – weitere Ausdehnung nein

Der Gemeinderat anerkennt die grosse Bedeutung des Flughafens Zürich für die Region und die Schweiz. Der Flughafen ist ein wichtiger Arbeitgeber, schafft Wertschöpfung und stärkt den Wirtschaftsstandort. Diese Bedeutung hat der Gemeinderat in seinen bisherigen Stellungnahmen stets ausdrücklich anerkannt.

Ebenso konsequent hat sich der Gemeinderat jedoch gegen eine weitere Ausdehnung des Flughafens ausgesprochen. Aus seiner Sicht ist die Verlängerung der Piste 28 weder notwendig noch verhältnismässig. Die in der Vorlage aufgeführte Erhöhung der Sicherheitsmarge und eine verbesserte Betriebsstabilität kann auch mit anderen Mitteln erreicht werden. Die Pistenverlängerungen dient einer möglichen Erhöhung der Kapazität von heute rund 270'000 auf über 350'000 Flugbewegungen pro Jahr. Damit würden die Belastungen für die betroffene Bevölkerung deutlich zunehmen.

Schutz der Bevölkerung im Vordergrund

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der Schutz der Bevölkerung vor zusätzlichem Fluglärm Vorrang haben muss. Mit seiner Einsprache beantragt er deshalb, auf die Pistenverlängerung zu verzichten. Für den Fall, dass die Gemeinde mit ihrer Forderung nicht erfolgreich ist, fordert sie die Flughafen Zürich AG in ihrer Beschwerde auf, das Projekt grundlegend zu überarbeiten und wirksamere Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vorzusehen.

Der Gemeinderat Rümlang

Kontakt für Medienanfragen: Thomas Huber, Gemeindepräsident